erforderliche Diagnostik bei den jeweiligen Fallgestaltungen, erläutern. Zu nennen sind hier beispielsweise Appendizitis, Bandscheibenvorfall, Down-Syndrom, diverse Frakturtypen, Herzinfarkt, Hirnblutung, Leistenbruch, Mammakarzinom mit der aktuellen S 3-Leitlinie, Schlaganfall und Thrombose.

Der praktische Nutzen des Werkes wird noch dadurch erheblich erhöht, dass die seit dem Jahr 2000 ergangenen Urteile und Beschlüsse mit Aktenzeichen und dem Tag der Verkündung zitiert werden. Dies erleichtert die Auffindbarkeit der Entscheidungen, etwa im Internet, erheblich.

Ein besonderes Highlight des *Martis/Winkhart* war und ist das Muster einer Klagschrift und der darauf bezogenen Klageerwidern mit umfangreichen Erläuterungen für eine Vielzahl mandatsrelevanter Probleme. Zu nennen ist hier etwa die in der Praxis oft schwierige Bezifferung von Verdienstausschlag- und Haushaltsführungsschaden, wozu sich lesenswerte Ausführungen finden, die bei der eigenen Fallbearbeitung nutzbringend herangezogen werden können. Von den Musterschriftsätzen profitieren dabei sowohl Patientenvertreter als auch auf der Behandlerseite tätige Rechtsanwälte.

Die Autoren sind seit vielen Jahren fast ausschließlich auf dem Gebiet des Arzthaftungsrechts tätig. Von diesem Expertenwissen kann der Leser nur profitieren.

Der *Martis/Winkhart* hat sich im Arzthaftungsrecht als Standardwerk etabliert und wird auch vom Rezensenten, der seit vielen Jahren im Arzthaftungsrecht tätig ist, gerne zur Hand genommen.

DOI: 10.1007/s00350-014-3752-x

SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung – Kommentar.

Herausgegeben von Ulrich Becker und Thorsten Kingreen. Verlag C. H. Beck, 4. Aufl. 2014, L u. 1961 S., Ln., € 129,00

Bayerische Hochschullehrer als Herausgeber, ein Verlag aus München und Platz 1 im Rennen um die schnellste Neuauflage aller Kommentare zum SGB V nach dem Ende der 17. Legislaturperiode des Bundestages: wer denkt da nicht an einen Münchener Fußballverein und dessen Anspruch, immer vorne zu sein? Tatsächlich ist beeindruckend, wie zügig *Becker/Kingreen* und ihre Mannschaft – das Team aus Hochschullehrern, Richtern und Experten der Körperschaften spielt unverändert, *Christian Mecke* (Richter am BSG) ist für zentrale beitragsrechtliche Vorschriften eingewechselt worden – weniger als zwei Jahre nach dem Erscheinen der 3. Auflage die Bilanz der Gesetzgebung im Krankenversicherungsrecht bis Ende 2013 gezogen haben. Die Autoren reagieren eingehend und naturgemäß höchst aktuell auf die Rechtsentwicklung auch in den Bereichen, die der Gesetzgeber vorerst von seinen Reformplänen verschont hat. Dazu gehörte auch deshalb Mut, weil wichtige Änderungsgesetze für das Jahr 2014 zu erwarten sind, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der GKV und der (partiellen) Rückgabe der Beitragsautonomie an die Krankenkassen. Wo andere Herausgeber (auch deshalb) eher gezögert haben, sind die Bayern vorangegangen, nicht ohne im Vorwort (fast) ohne Suffixanz zu beteuern, man sehe den „angekündigten und nichtangekündigten Reformprojekten mit gespannter Aufmerksamkeit entgegen“. Der Mut hat sich gelohnt, vor allem für die Nutzer des Kommentars.

Die Änderungen des Krankenversicherungsrechts durch die 2013 verabschiedeten Gesetze zur Neuausrichtung der Pflege, zu den Patientenrechten und zum klinischen Krebsregister haben im SGB V doch tiefere Spuren hinterlassen. *Welte* erläutert die aus der – nun endgültig der Rechtsgeschichte überantworteten – RVO in das SGB V inkorporierten Regelungen zu Schwangerschaft und Mutterschaft (§§ 24b ff.) eingehend und *Kingreen* gibt die wichtigsten Informationen zum neuen § 13 Abs. 3a, der im Zuge des Patientenrechtegesetzes den Kostenersatzanspruch des Versicherten auf Konstellationen einer nicht rechtzeitigen Leistungsgewährung der Krankenkasse erweitert hat.

Mit gespanntem Interesse wendet sich der Nutzer den Vorschriften zu, die insbesondere durch das Versorgungsstrukturgesetz vom 22. 12. 2011 eingeführt und in den Jahren 2012/2013 erstmals disku-

tiert und praktisch angewendet worden sind. Dabei sind beeindruckende Beispiele komprimierter und doch umfassend informierender Kommentarkultur entstanden, wie etwa die Erläuterungen des neu gefassten § 116b durch den Mitherausgeber *Becker*. In den Rdnrn. 1 und 17 ff. werden die zentralen Kontroversen aufgegriffen, die zur ASV auf den verschiedenen wissenschaftlichen und berufspolitischen Podien ausgetragen worden sind. Auch die verfahrensrechtlichen Fragen der Anzeigepflicht mit behördlichem Untersagungsvorbehalt greift *Becker* auf, wobei die Deutung der Norm als modernes Instrument eines auf Informationsbedürfnisse reagierenden Verfahrensrechts (Rdnr. 17) für den Praktiker auch noch nicht alle Fragen löst.

Vergleichbar umfassend hat *Axer* die Regelungen der §§ 35a, 35b zur Steuerung der Arzneimittelversorgung aus dem AMNOG überarbeitet, die gerade im Jahr 2013 zu heftigen Kontroversen in der Selbstverwaltung und vor den Gerichten geführt haben. Die Erläuterungen der Rechtsentwicklung zum sog. Bestandsmarktauftrag (§ 35a Abs. 6) und zu den Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Entscheidungen des G-BA sind hoch informativ und zugleich meinungsfreudig ausgerichtet i. S. eines eher weiten Verständnisses der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG. Auch die Debatte um Aufgaben und Rechtsstellung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG, § 139a) wird von *Wallrabenstein* eingehend dargestellt, alle wissenschaftlichen Versuche zur öffentlich-rechtlichen Überformung dieses im Auftrag des G-BA agierenden Instituts hält sie für verfehlt, im Hinblick auf die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen den G-BA aber auch für unnötig (§ 139b, Rdnr. 22).

Immer wieder überraschend für einen Kommentar von dem quantitativ (vergleichsweise) geringen Umfang des *Becker/Kingreen* ist die Präzision der juristischen Auseinandersetzung mit Auffassungen, die der Kommentator nicht teilt. Das zeigt beispielhaft die von der Sicht des BSG abweichende Position etwa zu der Übernahme von Krankentransportkosten bei Fehlfahrten (§ 60, Rdnr. 11).

Auch für die Beurteilung von Kommentaren gilt die ewige, von Mitherausgeber und Fußballfan *Kingreen* gerne zitierte Sentenz des großen Fußballweisen: „Wichtig ist auf'm Platz“. Genau dort, also in der täglichen Arbeit, beim Bedarf nach schneller, knapper, aber doch verlässlicher und den Normtext nicht nur paraphrasierender Erläuterung von Sinn und Zweck der einzelnen Vorschriften bewährt sich das Buch. Die Rechtsprechung – erfreulicherweise nicht nur die des BSG – wird umfassend ausgewertet, die Erläuterungswerke der Mitbewerber am Markt der Kommentare zum SGB V werden fair und ausgewogen zitiert und die eigene Position des jeweiligen Autors wird deutlich – und nicht ihrerseits auslegungsbedürftig – entwickelt.

Die können's schon, die Bayern, muss man als Dortmunder neidlos anerkennen, und das Buch jedem, der mit dem Krankenversicherungsrecht zu tun hat, zur Anschaffung empfehlen. Das fällt umso leichter, als der Verlag den Preis im Vergleich zur Voraufgabe um 20 € reduziert hat, obwohl der Umfang des Werkes nicht vermindert worden ist. Auf eine vergleichbare Entwicklung beim besagten Münchener Verein dürfte man vergeblich warten.

Die Notwendigkeit der rechtlichen Harmonisierung der Lebendorganspende auf europäischer und internationaler Ebene.

Von Katharina Ludwig. Verlag Nomos, Baden-Baden 2012, 296 S., kart., € 78,00

Katharina Ludwig hat sich in ihrer Dissertation der Herausforderung gestellt, „[d]ie Notwendigkeit der rechtlichen Harmonisierung der Lebendorganspende auf europäischer und internationaler Ebene“ zu diskutieren.

Der Hauptteil widmet sich der rechtlichen Behandlung der Lebendorganspende in Deutschland, England, Frankreich und Österreich (S. 59–213). Die detaillierte Nachzeichnung der nationalen Regelungen eröffnet interessante Blickwinkel auf das Problem der Lebendorganspende und Lösungsmöglichkeiten. Dabei geht *Ludwig*